

Sterbehilfe für die FDP*

Das war Tells Geschoß – Ihr kennt den Schützen, suchet keinen andern!

Von Ludwig A. Minelli, Forch-Zürich

Mit einiger Wahrscheinlichkeit kann man mir den Vorwurf machen, dass ich ganz persönlich Mitschuld daran trage, dass die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde für die Wahl zum Bundestag gescheitert ist: Ich habe im Vorfeld der Bundestagswahl seit Mitte Juni in Deutschland im Auftrag einer Gruppe Deutscher eine Kampagne geführt, welche auf dieses Ergebnis abgezielt hat. Es ist denkbar, dass diese Kampagne der Tropfen war, welcher das Fass hat überlaufen lassen: hätten nur 102'701 mehr bisherige FDP-Wähler der FDP die Treue gehalten, säesse sie noch im Bundestag. Die für die Kampagne nötigen Mittel von etwas mehr als 500'000 Euro konnten beschafft werden. Da ich Schweizer bin, könnte man sagen: Das war Tells Geschoß. Als solcher sage ich: Ihr kennt den Schützen, suchet keinen andern! Doch wie ist es dazu gekommen?

Selbst bezeichne ich mich seit Jahrzehnten als Liberaler im Sinne des «Sozialen Kapitals», wie es der Gründer der Schweizer Migros – des grössten Schweizer Einzelhändlers – verstanden hat: liberal in weltanschaulichen und politischen Fragen, liberal im Sinne des Wettbewerbs in der Wirtschaft. Und seit Jahrzehnten kämpfe ich als Citoyen und Rechtsanwalt selbst für die Aufrechterhaltung der Freiheit der Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Während des Bundestagswahlkampfes 1953 lernte ich einen der Gründerväter der Freien Demokratischen Partei Deutschlands, Dr. Thomas Dehler, in einer Wahlveranstaltung in Erlangen persönlich kennen. Seither habe ich die Entwicklung der FDP in Deutschland immer mit besonderem Interesse verfolgt.

Am 26. September 2005 – eine Woche nach der vorvorletzten Wahl zum Bundestag – gründete ich zusammen mit sechs Deutschen in Hannover den Verein «DIGNITAS – Menschenwürdig leben – Menschenwürdig sterben (Sektion Deutschland) e.V.» und wurde dessen Erster Vorsitzender – ein Amt, das ich noch heute inne habe. Der Verein bezweckt in erster Linie, das deutsche Recht so zu ändern, dass in der Bundesrepublik in ähnlicher Weise, wie das in der Schweiz möglich ist, Sterbehilfe in der Form des begleiteten Freitodes erlaubt wird. Damit soll erreicht werden, dass Deutsche, die ihr Leben aus zureichenden Gründen beenden möchten, dazu nicht mehr in die Schweiz reisen müssen.

Die darob in Deutschland aufgeflammte Debatte über Sterbehilfe veranlasste damals die FDP-Landtagsfraktion im Parlament Niedersachsens, dazu eine Tagung durchzuführen. Später entschloss sich auch die Bundestagsfraktion der

FDP, das Thema in einer Tagung im Reichstag durch Experten zu erörtern. An beiden Tagungen nahm ich als Referent teil. Auch gab es einmal ein einstündiges Gespräch mit dem für diese Materie zuständigen FDP-Bundestagsabgeordneten Michael Kauch. Doch dabei ist es seither geblieben.

Die FDP-Landtagsfraktion in Niedersachsen hatte sich im Jahre 2006 immerhin dazu aufgerafft, einen CDU-Entwurf eines Gesetzes, mit dem DIGNITAS hätte verboten werden können, nicht mitzutragen, so dass es der Landesregierung in Hannover nicht gelungen war, eine entsprechende Länderinitiative im deutschen Bundesrat einzubringen. Der Entwurf wurde schliesslich von den CDU-Regierungen des Saarlandes, Hessens und Thüringens übernommen und eingereicht. Er scheiterte in der Länderkammer wegen Grundrechtswidrigkeit kläglich.

Anlässlich der Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU einerseits und der FDP anderseits nach der Bundestagswahl 2009 verlangte die Union die Zustimmung der FDP zum Erlass eines Gesetzes, mit welchem «gewerbsmässige Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung» im deutschen Strafgesetzbuch als Straftat aufgeführt werden sollte. Obschon – oder gerade deshalb, weil – die FDP wusste, dass es eine derartige gewerbsmässige Vermittlung, die auf Gewinnerzielung gerichtet wäre, überhaupt nicht gibt, stimmte sie dem Programmypunkt zu. Ihre Überlegung war, hier gut zustimmen zu können und gewissermassen der Union damit eine im Ernstfalle leere Zusage zu machen, um auf diese Weise mitregieren zu können. Das war ein schlimmer Sündenfall. Das unter FDP-Leitung stehende Bundesjustizministerium hat in der Folge auf Befehl des Koalitionsausschusses einen entsprechenden Gesetzesentwurf pflichtschuldigst vorgelegt. Die FDP hat sich dann zwar gegen jene ultrarechten Kreise der Union zur Wehr gesetzt, welche die angestrebte Strafbarkeit auch auf Fälle ausdehnen wollte, in welchen dieselbe Person – ohne Gewinnabsicht – wiederholt Freitodhilfe leistet, was im strafrechtlichen Jargon «geschäftsmässig» heisst. Und im Streit der beiden Gruppierungen in den Regierungsparteien ist auch jener Gesetzesentwurf für die in Kürze ablaufende Legislaturperiode aufgegeben worden.

In den letzten Jahren musste aber auch beobachtet werden, dass sich die FDP und insbesondere ihre führenden Politiker im Wesentlichen nur mehr auf den Wirtschaftsliberalismus konzentriert hatten: Weniger Steuern, keine Staatseingriffe. Zudem wurde eine deutliche Klientelpolitik gefahren. Die Erleichterungen bei der Mehrwertsteuer zugunsten des Gastgewerbes, nachdem die Mövenpick-Gruppe des Münchener Bankier-Barons von Finck eine bescheidene Spende an die FDP geschickt hatte, ist unvergessen, und das Schlagwort, die FDP sei die Partei der «Besserverdienenden», war ein eminenter Verstoss gegen liberale Grundwerte.

Nachdem auch erlebt werden musste, dass nach der Ablösung des Parteivorsitzenden Guido Westerwelle durch Philipp Rösler ein inhaltsleerer Grosssprecher die letzten Reste grundliberalen Verständnisses mit Wortschwällen hinwegspülte, ohne dass ihm aus den eigenen Reihen ein valabler Widerpart erwachsen wäre, der Grundsätzliches sagt, beschloss ich als einer, der sich seit mehr als vierzig Jahren für die Menschen- und Grundrechte in diesem Kontinent einsetzt, mich als europäischer Citoyen in die deutsche Politik einzumischen.

Es gelang mir, eine Gruppe von Deutschen zu finden, die bereit war, eine oder mehrere Kampagnen zu tragen, und in privaten dritten Kreisen konnte ich die dafür erforderlichen finanziellen Mittel beschaffen. In der Niedersachsen-Wahl nannte sich die Gruppe «Freie Bürger Niedersachsens», in der Bundestags-Wahl «Freie BRD-Bürger».

Die erste Bewährungsprobe legte die Gruppe mit ihrer Kampagne in der Wahl zum niedersächsischen Landtag im Januar 2013 ab. Vom Mittwoch bis zum Samstag vor dem Wahltag erschienen flächendeckend in Niedersachsen Anzeigen von einer halben Seite Umfang, in welchen für die FDP eine Auszeit gefordert wurde. Es wurde ihr vorgeworfen, nicht mehr liberal zu sein. Ausserhalb des Parlamentes würde sie sich wohl wieder auf die wesentlichen liberalen Grundsätze zurückbesinnen. In den Anzeigen wurden ihr ausdrücklich der Mehrwertsteuer-Deal zugunsten der Mövenpick-Gruppe sowie die Zustimmung zum oben erwähnten Bundesgesetz-Entwurf gegen Sterbehilfe vorgeworfen.

Dank einer unterschwellig geführten Zweitstimmen-Kampagne gelang es der FDP zwar, am Wahlabend einen Stimmenanteil von 9,9 Prozent zu erringen, doch fehlten diese dann der CDU, so dass die SPD und die Grünen die bisherige Landesregierung unter David McAllister mit einer Mehrheit von gerade einer einzigen Stimme im Landtag abzulösen vermochte. Der vormaligen Koalition zwischen CDU und FDP fehlten insgesamt nur gerade 8'000 Zweitstimmen. Die Wählerwanderung zeigte es: den 101'000 CDU-Leihstimmen, welche die FDP hinzugewann, standen 35'000 Wähler gegenüber, die sich von der FDP abwandten.

Wohl wird niemand stringent beweisen können, dass es nun gerade diese Kampagne war, die zum Regierungswechsel geführt hat. Doch die entsprechende Annahme muss als höchst wahrscheinlich gewertet werden.

Doch die FDP war nicht bereit, die Flammenzeichen an der Wand zu erkennen. Kopflos jubelte sie über ihren fast Zehnprozent-Anteil, obwohl sie genau wusste, dass der zum grössten Teil bloss zur letztlich jedoch gescheiterten Machterhaltung geliehen war.

Ermutigt durch diesen Erfolg ihrer Kampagne, beschloss die Gruppe, sich auch in den Bundestags-Wahlkampf einzumischen. Dort wirkte sie nicht mit grossflächigen Anzeigen kurz vor dem Wahltag wie in Niedersachsen. Verhältnismässig kleine Anzeigen, schwarzer Grund mit weissem Text, platziert auf redaktionellen Seiten, wurden über eine lange Dauer, seit Mitte Juni 2013, in der «*Berliner Zeitung*», der «*Stuttgarter Zeitung*», der «*WAZ*», der «*HAZ*» und der «*Süddeutschen Zeitung*», je mit ihren jeweiligen Kopfblättern, geschaltet. Auf deren Internet-Ausgaben wurden zudem die Anzeigen dann auf einer aufgerufenen Seite eingeblendet, wenn ein politisch interessierter User auf eine Seite zugriff. Auf diese Weise ergaben die sechs Anzeigen-Themen mehr als 140 Millionen Leserkontakte in gedruckten Zeitungen und in rund 24 Millionen Internet-Einblendungen. Die angesprochenen Themen: Sterbehilfe stand im Vordergrund; Trennung von Kirche und Staat, die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts, die Einsitznahme von Kirchenvertretern in Rundfunkräten und der Mangel an Demokratie in Deutschland – alles grundliberale Forderungen. Verwiesen wurde zudem auf eine im Internet zu findende Seite der Gruppe mit der Adresse «www.btwahl2013.info», wo weitergehende Informationen abgerufen werden konnten. Die Kampagne nannte Wahlchancen der FDP, war ganz weich, nicht aggressiv, getextet, zielte aber klar darauf, den Leserinnen und Lesern zu vermitteln, dass die FDP nicht mehr liberal agiert, und dass ihre Chance, wieder liberal und damit wieder wählbar zu werden, nur darin liegen kann, dass ihr eine Auszeit ausserhalb des Bundestags verordnet wird.

Gemäss der Statistik des Bundeswahlleiters fehlten der FDP zum Erreichen von wenigstens fünf Prozent der Zweitstimmen genau 102'701 Stimmen. Wenn nur 25 von jeweils 40'000 Personen, welche diese Anzeigen gesehen haben, dieser Kampagne wegen nicht oder nicht mehr FDP gewählt haben sollten, dann hat allein diese Kampagne zum Sturz der FDP aus dem Bundestag geführt.

Die Gruppe, welche die Kampagne getragen hat, steht den Kreisen nahe, die in Deutschland seit langem eine vernünftige Sterbehilfe etablieren möchten. Dafür sprechen sich in Deutschland seit Jahrzehnten bei Umfragen in der Regel etwa 80 Prozent der Befragten aus, doch die Politik verweigert sich dieser Debatte, und die Medien, die zum Teil – ähnlich wie weite Bereiche des Krankenhaus- und Schulwesens – von kirchlichen Kreisen bestimmt werden, befolgen dazu eine Verschwörung des Schweigens. Es war mit eines der Ziele dieser Kampagne, den Politikern der Bundesrepublik klar zu machen: die Haltung zum Thema der Sterbehilfe vermag nicht nur über Wahl oder Nichtwahl eines Politikers, sondern auch über die Existenz oder Nichtexistenz einer Partei im Bundestag zu entscheiden.

Man könnte der Gruppe vorwerfen, dadurch, dass sie die FDP der Gefahr ihres endgültigen Untergangs ausgesetzt habe, habe sie ausgerechnet jene Partei getroffen, die dem Thema der Sterbehilfe bisher am offensten begegnet sei. Es sei nicht verschwiegen, dass die Gruppe dieses Risiko vor allem und in erster Linie auch deshalb in Kauf genommen hat, weil dadurch die Union an empfindlichsten getroffen werden konnte: Indem sie in Hannover in die Opposition wechseln musste, indem sie in Berlin nun wohl nur gegen einen äusserst hohen politischen Preis überhaupt eine Koalition hinbekommen wird, erhält auch sie die Quittung für ihre lügenhafte Behauptung, es gebe in Deutschland eine auf Gewinnerziehung ausgerichtete Vermittlung von Gelegenheiten zur Selbsttötung und ihre jahrzehntelange grausame Verweigerung der risikolosen Ausübung des vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ausdrücklich anerkannten Grundrechts, selber darüber entscheiden zu dürfen, wann und wie man sterben will.

Angesichts des mir vorliegenden Zahlenmaterials erscheint es als überaus wahrscheinlich, dass es die Kampagne der von mir aktivierten deutschen Gruppe war, welche zum Wechsel der Landesregierung in Hannover, zum Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag und zu den Koalitions-Bildungs-Problemen in Hessen und im Bund geführt hat. Ich habe mich als Schweizer in die deutsche Politik eingemischt, und ich habe in dieser Weise mit dieser Kampagne das Spielfeld der deutschen Politik wesentlich verändert und damit Deutschlands Parteien auf die Notwendigkeit hingewiesen, in ihrer Politik wichtige Bedürfnisse der Bevölkerung nicht weiterhin jahrzehntelang zu negieren.

Die Erlaubnis zu dieser Einmischung hat mir übrigens Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich gegeben, und zwar durch ihre nachfolgend zitierten Äusserungen in ihrer Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 15. April 2008:

«Politische Entscheidungen der einzelnen Länder haben immer mehr Auswirkungen auf das, was in anderen Ländern passiert. Wir stehen zunehmend vor denselben Herausforderungen. Wir haben dieselben Probleme zu lösen. Deshalb erleben wir, dass Außenpolitik zunehmend auch Innenpolitik wird beziehungsweise Innenpolitik immer mehr auch Außenpolitik wird. Das heißt, dass man die klassische Trennlinie, wie wir sie einmal hatten, überhaupt nicht mehr ziehen kann . . .

Daraus entwickelt sich ein Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung für ein gedeihliches Miteinander in Europa . . .

Deshalb ist es gut – das will ich an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben –, dass es in Europa eine Pflicht zur gegenseitigen Einmischung gibt, wenn es um Menschenrechte geht. In Fragen der Menschenrechte gibt es keine inneren Angelegenheiten eines Landes . . . »

Echte Liberale sind starke Persönlichkeiten. Man denke etwa an Gerhart Baum oder Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Sie sind jetzt gefordert. Sie – und von ihnen gibt es in den Reihen der FDP noch immer einige – müssen sich wieder auf die wirklichen und bedeutsamen philosophischen Fragen und die daraus folgenden politischen Forderungen eines Liberalen zurückbesinnen und diesen im Rahmen ihres Parteiprogramms wieder den zutreffenden Platz einräumen. Dann wird die Kampagne, die ich zusammen mit der deutschen Gruppe verantwortet habe, nicht zur Sterbehilfe für die FDP, sondern zum Ausgangspunkt für ihre glanzvolle Auferstehung in absehbarer Zukunft.

*In der Schweizer Ausgabe der deutschen Wochenzeitung *DIE ZEIT* ist am 10. Oktober ein Artikel unter dem Titel «Mein Geschoss» erschienen. Er ist von deren Redaktion aufgrund des hier vorliegenden Originaltextes verfasst worden. Es erscheint mir wichtig, dass das Publikum die Möglichkeit hat, den Originaltext zu kennen.